

Der Kaiser. Die gesamte...  
der Kaiserin ist mit der...  
schloße verschwunden. Die...  
die Staatsgarderobe der...  
in Zustände zurückgelassen...  
historische Gegenstände sind...  
sollen ebenfalls gestohlen...  
ab der Weinorra konnten...  
werden.

Nachrichten.  
Ludorf.  
unde findet nicht Donnerstag.

gefaßt  
men wir nur die preßgesetzliche...  
am Freitag abend vier...  
stimmte Wahrnehmung über...  
te ich gegen Bestimmung zu

was es jetzt für Weinfelder...  
in anderer bereichert. Den...  
alles, nur nichts Gutes. Sie...  
dem Kleinrentner, der sich...  
legen hält, um die nächsten...  
Nähe lassen. Es sind aber...  
unde zur Arbeit im Wege...  
haben, und nicht wissen...  
anfängen. Für diese Sorte...  
er 8 Stunden tag arbeitslos...  
mehr Zeit zu solchem Un...  
mit Hecht: „Arbeit ist des...  
ei der Arbeit jenseits der...  
kommt nicht auf Selbstver...  
mündende Arbeitslosigkeit...  
organa kann ein Volk in...  
halten werden.

D. Nabbera, Gahndorf.

amungen der Ge...  
Berzeimnisse  
rinnen und jugendlichen  
vständig das  
D. Tageblatt“.

dorfer  
fer  
ste farbige  
e Familie  
r Mk. 3.50, bei  
ntl. vom Verlag  
stamt Mk. 3.60.  
t begonnen werden.  
en Inhalt ein Probe  
ilt und bei jeder  
ig kostet. Gegen  
o auch direkt vom  
se 5 zu beziehen.

eben unvergesslichen  
i  
er Liebe und Teil  
orden, daß es uns  
danken.  
er und Frau  
Angehörigen,  
ezember 1918.

# Lichtenstein-Galberger Tageblatt

## Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Lageblatt für Gohndorf, Adlik, Bernsdorf, Risdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rendorf, Ortmannsdorf, Wälden St. Nikola, St. Jakob, St. Nikola, Elgendorf, Thurn, Niederwälden, Rabschnappel und Zirschheim

### Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 284

Samstagsausgabe  
im Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang  
Freitag, den 6. Dezember

Wöchentliche Zeitung  
im Amtsgerichtsbezirk

1918

Dieses Blatt ist redigiert durch Herrn...  
in Gohndorf, Wälden...  
Der verantwortliche Schriftf. ist Herr...  
Zirkular-Adress: Kargplatz.

## Lichtenstein.

Wetter, Nr. 1201-2024, Wälden, R. bei Dietrich, Nr. 2025-Ende, Wälden, R. Nr. 1-460, Wälden, S. bei Ratz, Nr. 467-1133, Wälden, S. bei Wagner, Nr. 1134-1200, Wälden, S. bei Weis, 50 Stamm 40 Pf.

Freitag, den 6. Dezember in nachstehender Nummernfolge: 8-9 Uhr vorm. 1-200, 9-10 Uhr vorm. 201-400, 10-11 Uhr vorm. 401-600, 11-12 Uhr vorm. 601-800, 12-1 Uhr nachm. 801-1000, 2-3 Uhr nachm. 1001-1200, 3-4 Uhr nachm. 1201-1400, 4-5 Uhr nachm. 1401-1600, 5-6 Uhr nachm. 1601-1800.

Sonntagsabend, den 7. Dezember 8-9 Uhr vorm. 1801-2000, 9-10 Uhr vorm. 2001-Ende.

Die Brotmarkenausgabe für die nächsten Wochen erfolgt bei Ausgabe der neuen Bezugslisten gegen Rückgabe der alten Brotkarte im Lebensmittelamt.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleiben Sonnabend, den 7. Dezember das Postamt und die Stadtkasse mit Stadtkassensammlung und das Stadtbauamt, Montag, den 9. Dezember die Ratkassette mit Gewerbeamt, das Versicherungsamt und das Kriegsanwaltschaftsamt und Dienstag, den 10. Dezember das Lebensmittelamt und das Geschäftszimmer des Arbeiterrates geschlossen.

Stadtrat Lichtenstein, am 5. Dezember 1918.

Im Gehöfte Wäldenstraße 9 ist die Pferderäude ausgedreht. Die im Gehöfte Wäldenstraße 8 festgesetzte Räude ist erledigt.

Stadtrat Lichtenstein, am 4. Dezember 1918.

Es wird darauf hingewiesen, daß sich alle heimkehrenden Militärpersonen hier polizeilich anzumelden haben. Im übrigen ist jede Kar-, Um- und Abmeldung innerhalb dreier Tage zu bewirken.

Stadtrat Lichtenstein, am 2. Dezember 1918.

## Arbeitsgelegenheit

aller Art, auch solche von nur kurzer Dauer, für männliche wie weibliche Personen bitten wir dem städtischen Arbeitsnachweis, Kalkau 1918.

Stadtrat Lichtenstein am 4. Dezember 1918.

## Suppenverkauf:

Freitag, den 6. Dezember, auf dem Kopf 1/2, Pfd. für 80 Pf. gegen Lebensmittelkarte A - Marke H 1 - Nr. 1-600 vorm. 8-9 Uhr, Nr. 601-1200 vorm. 9-10 Uhr, Nr. 1201-1800 vorm. 10-11 Uhr, Nr. 1801-Ende vorm. 11-12 Uhr.

Der Ortsnährungsamt und Arbeiterrat für Gohndorf.

Nachdem auch die Stücke zu 2000 und 5000 Mk. der 8. Kriegsanleihe eingegangen sind, liegen dieselben zur Abholung bereit.

Sparkasse Gohndorf.

Wir beabsichtigen, unsere in Gefangenschaft schmachtenden Heimatgenossen, ebenso wie den verwundet in Lazareten liegenden Kameraden eine Weihnachtsfreude zu bereiten und bitten unsere Mitbürger um Geldbeiträge und geeignete Geschenke.

Die Abgabe kann auf dem Kalkau (Sparkasse) während der üblichen Geschäftsstunden erfolgen.

Gohndorf, am 4. Dezember 1918.

Der Stadtschreiber.  
Prachtel, Bürgermeister.

Der Arbeiterrat.  
Schwarzschmidt, Schriftf.

2337 VI. A. 11.

## Ausdruck und Ablieferung von Getreide.

Auf Grund des § 5 Abs. 3 Satz 2 der Reichsgesetzgebung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 (RGBl. S. 435) wird bestimmt, daß die Besitzer von Getreide, das gemäß § 1 der Reichsgesetzgebung für die Ernte 1918 beschlagnahmt ist, ihr Getreide spätestens bis zum 15. Januar 1919 ausschließlich auszubereiten haben.

Unmittelbar im Anschluß an den Ausdruck und spätestens bis zum gleichen Zeitpunkt ist das Getreide abzuliefern, soweit es nicht nach den bestehenden Vorschriften zur Ernährung der Selbstverpfleger, zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehes oder zur Bestellung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke zurückbehalten werden darf. Unverkauftes Saatgut und sonstiges Saatgut, zu dessen Veräußerung der Unternehmer berechtigt ist (§ 9 der Verordnung über den Verkehr mit Getreide, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse aus der Ernte 1918 zu Saatgut vom 27. Juni 1918 - RGBl. S. 677 -) sowie die von der Reichsgesetzgebung zur Verarbeitung aus der eigenen Ernte des Unternehmers freigegebenen Getreidemengen bleiben von der Ablieferung frei.

Als Besitzer im Sinne dieser Verordnung gelten auch die mit der Verwaltung der Vorräte für den Eigentümer betrauten Inhaber des Gewerksamts.

Soweit einzelne Kommunalverbände für den Ausdruck und die Ablieferung des Getreides schon frühere Termine angesetzt haben oder noch ansetzen, behält es dabei sein Bewenden.

In einzelnen, besonders begründeten Ausnahmefällen, in denen der Ausdruck und die Ablieferung bis zum 15. Januar 1919 auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, sind die Kommunalverbände berechtigt, die Frist bis zum 31. Januar 1919 zu erstrecken. Soll die Fristverlängerung für ganze Gemeinden oder Bezirke ausgesprochen werden, so ist hierzu die Genehmigung des Landeslebensmittellamtes erforderlich.

Erst nach Verlängerung der Ausdruckfrist über den 31. Januar 1919 hinaus sind unter eingehender Begründung beim zuständigen Kommunalverband einzureichen, der sie unter tatsächlicher Stellungnahme dem Landeslebensmittellamt vorzulegen hat.

Wegen Festhaltung der beschlagnahmten Vorräte nach Beendigung des Ausdruckes bleiben weitere Vorschriften vorbehalten.

Dresden, den 2. Dezember 1918.

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

## Kurze wichtige Nachrichten.

- Die Berliner Garde-Regimenter haben sich für die Regierung Ebert-Haase ausgesprochen und stellen sich ihr rückhaltlos zur Verfügung. Den gleichen Beschluß faßte der Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres in Bad Ems.
- Es sind Bestrebungen im Gange, möglichst die Wahlen für die Nationalversammlung bereits im Januar vorzunehmen, um zu einem vorläufigen Frieden zu kommen, weil der neue amerikanische Kongreß schon Anfang März zusammentritt. In ihm haben die Republikaner die Mehrheit, die bekanntlich Gegner der 14 Punkte Wilsons sind.
- Die liberalen Einigungsbestrebungen gehen weiter, auch wird ein Anwachsen der deutsch-nationalen Partei gemeldet.
- In Köln ist es zu schweren Plünderungen gekommen, an denen sich leider auch Soldaten beteiligten.
- Der Streit um die Einberufung des Reichstages geht weiter. Präsident Fehrenbach hat einen neuen Protest gegen die Verhinderung erhoben.

- Auch die Deutsche demokratische Partei ist für sofortige Einberufung zur Legalisierung des gesetlosen Zustandes.
- Die Franzosen schalten in Elsass-Lothringen wie im eigenen Lande; alles, was deutsch ist, muß verschwinden. Auch die gesamte deutsche Lehrerschaft wird abgesetzt. Die belgischen Bedrückungen in den besetzten Städten werden mit Brutalität ausgeführt.
- Die Entente plant eine Besetzung Berlins mit Truppen, die dort Polizeidienst tun sollen.
- Der polnische Teilgebieten-Landtag ist in Posen eröffnet worden. Seine Beschlüsse weiß man schon vorher.
- Der Zentralrat der Soldatenräte der Norddeutschen-Armee hat an die Reichsregierung telegraphiert, daß die Soldaten gegen jede Diktatur und für baldige Einberufung der Nationalversammlung seien. Der franz. Forderung nach Internierung müssen sie sich fügen, um den Franzosen keine Gelegenheit zu geben, ganz Deutschland zu besetzen.
- Der Vorstand der deutsch-konservativen Partei hat sich für die neue Staatsform erklärt.

- Nach einer Meldung der Waffenstillstandskommission fallen Frankfurt und Darmstadt in die neutrale Zone, werden also nicht besetzt. In Amlingen (Baden) sind widerrechtlich französische Patrouillen eingetroffen.
- Präsident Wilson ist am Mittwoch früh nach Europa abgereist, er wird am 12. Dezember in Brüssel erwartet.
- Nach „Reuter“ hat sich bei den Beratungen der Londoner Konferenz gezeigt, daß man einstimmig der Ansicht ist, daß von Holland der frühere Kaiser und Kronprinz wegen Verletzung des Völkerrechts während des Krieges ausgeliefert werden muß.

## Die finanziellen Verpflichtungen des Waffenstillstandes.

Paris, 2. Sept. Der Vertreter der Transsylvanien- und Rumänien-Delegationen hat die Finanzkommission der internationalen Waffenstillstandskommission unterzeichnet am 1. Dezember das Abnahmeprotokoll, in

dem u. a. folgende Vereinbarungen mitteilt: Die deutsche Regierung verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, ihren Besitz in irgendeiner Weise zu vermindern, da dieser Besitz das gemeinsame Interesses zur Festung der Kriegsanstalten ist, auf die sie Anspruch haben. Weiter verpflichtet sich die deutsche Regierung, die Eisenbahnen, Kanäle, Bergwerke, Forsten sowie die Unternehmungen kolonial wirtschaftlicher, industrieller und kommerzieller Art, die ihr gehören oder an denen sie beteiligt ist, weder zu verkaufen, noch zu kreditieren, noch zu verpfänden.

Weiter verpflichtet sich die deutsche Regierung, während der Dauer des Waffenstillstandes und ohne den Bestimmungen vorzutreten, die für die belagerten getroffen werden, keine Geldentwertung vorzunehmen oder zuzulassen. Sollte sie sich unbedingt erweisen, so muss sie vorher die verbündeten Regierungen in Kenntnis setzen. Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, außerhalb der normalen Bedürfnisse ihres Wirtschaftslebens aus dem Besitze an Auslandsbewohnern, die dem Reichsbesitz oder der Reichsbank angehören, oder sich in ihrer Eigenschaft als Devisenträger in ihrem Besitz befinden, keinerlei Übertragung in das Ausland weder direkt noch durch Mittelspersonen vorzunehmen. Diese Beschränkung wird eingezogen für die ausländischen Effekten, die der deutschen Regierung oder der Reichsbank gehören, oder die ihnen als Unterlage für Lombardkreditleihen dienen.

Jede Handlung, die dieser Vereinbarung widersteht, wird von den Regierungen der Verbündeten als vertragswidrig angesehen. Die deutsche Regierung wird alle Maßnahmen ergreifen, die sich aus dem Inhalt der Vereinbarung ergeben. In Bezug auf die Rückzahlung der nach Deutschland übergeführten Beträge aus den Gebieten der Verbündeten, die im Waffenstillstandsvertrage vereinbart ist, wurde vereinbart, dass die Beschlüsse der drei Verbündeten und Frankreich kommenden Beschlüssen in derselben Richtung zu stehen soll, in der sie soweit wie möglich ist, würde die Rückzahlung in Kraft treten, und zwar vom provisorischen Satz von 1,25 Prozent für die Mark. Jedoch behalten die verbündeten Regierungen sich das unbedingte Recht vor, später den Austausch der Mark gegen französische oder belgische Anleihe auszugeben oder gegen Lieferung von Goldwährungsnoten auf der Basis von 1,25 Prozent für die Mark zu fordern.

#### Berzögerung der Friedensverhandlungen?

Der „Köln“ meldet, der „Köln. Anz.“ zufolge: Die geringe Zahl der von den Deutschen ausgelieferten Eisenbahnmateriale läßt die Vermutung aufkommen, daß die unbedingte die vorgeschriebene Zahl von Eisenbahnmateriale und Lokomotiven vor dem 17. Dezember nicht auszuliefern können. Unter diesen Umständen ist es möglich, daß die Entente einer Verlängerung des schonigen Termins zustimmt. Dadurch werden jedoch die Friedensverhandlungen in die Länge gezogen; denn die Deutschen können nicht zur Konferenz mit den Alliierten eingeladen werden, bis nicht alle Bedingungen vollkommen erfüllt sind.

#### Deutschland soll büßen.

LONDON, 1. Dez. Das Reutersche Bureau erzählt: Da infolge der Erhaltung des Oberen Kontinents bei den Konferenzen der Alliierten nicht vertreten war, muß über die Verhandlungen stillschweigend bewahrt werden, es sieht aber sehr, daß man zu einer vollständigen Einigung gelangt ist

und mit Lord Curzon und den richterlichen Beamten der Krone völlig darin übereinstimmt, daß Deutschland sobald als möglich für seine Verfehlungen büßen muß, und daß die verantwortlichen Personen ähnlicher Natur auf ihren Rang vor Gericht gebracht und soweit wie möglich bestraft werden müssen. Die Londoner Beratungen werden zweifellos von diesem Einfluß auf die Friedenskonferenz sein.

#### Frankreichs Berachtung für die neue deutsche Republik.

Die Pariser Blätter haben hervor, falls Deutschland die A- und E. Räte wecks Ermächtigung milderer Bedingungen eingeleitet habe, so wisse es nunmehr, daß diese nicht verhandlungsfähig sind. Als sie aber als Besserverständnis gedacht seien, dann sei offiziell erklärt, Deutschland wäre niemals so tief gesunken wie seit dem 11. November, also unter Eisner und Sauer.

#### Die Alliierten wollen nicht demobilisieren.

Die Entente betrachtet die Feindschaften, wie die „Kreuzzeitung“ schreibt, noch nicht als endgültig beendet. England demobilisiert noch nicht. Frankreich erklärt gleichfalls die eigentliche Demobilisierung noch nicht für möglich, und Amerika will von Mitte Dezember an zwar täglich 30000 Mann entlassen, deren Rücktransport aber von dem geringen Schiffsraum abhängt. Für die Pläne, welche die Entente oder Teile von ihr, sei es gegen Deutschland, sei es gegen Russland, haben, braucht sie erhebliche Mengen von Truppen, Kriegsmaterial und Schiffsraum. Diese Pläne gehen bei England bis zur Neuordnung Russlands, die selbst die Besetzung von Moskau und Petersburg ins Auge faßt, bei den Franzosen, wir wollen uns gar nicht darüber täuschen, daß in der französischen Generallität solche Absichten sehr lebendig sind, bis zum Einzug in Berlin.

#### Clemenceau für die Fortsetzung des Krieges.

Clemenceaus Blatt „L'Homme Libre“ schreibt: Die Nichtanerkennung der Wahlen für die deutsche Nationalversammlung innerhalb der Frist des Waffenstillstandes wird von den Alliierten als unannehmlicher Akt der jetzigen deutschen Machthaber angesehen. Eine Nationalversammlung nach zwei Monaten ist eine Verhöhnung der Alliierten. Wir kommen dadurch nicht um die Fortsetzung des Krieges herum. Wie Schweizer Blätter melden, gehen aus Paris unausgesehrt Truppenzüge nach der deutschen Grenze ab. Die französische Grenze ist seit Sonnabend mitternacht gesperrt.

#### Beabsichtigte Besetzung deutscher Großstädte.

Die „Times“ meldet: Der Ausbau der bolschewist. Regierungen in Deutschland erregt die größte Besorgnis der alliierten Kabinette, die in Deutschland nicht den Herd bolschewistischer Unruhen bestehen lassen können. Der Rat an Deutschland, sofort das Volk durch seine gesetzlichen Vertreter zu befragen, ist in Berlin nicht ernst genommen worden. Wenn wir zur Besetzung Deutschlands schreiten müssen, werden wir Hamburg, die Italiener München, die Amerikaner Berlin und die Franzosen Dresden besetzen. Unsere erste Regierungshandlung wird die Einberufung des deutschen Reichstags vor den Friedensverhandlungen sein.

#### Deutsches Reich.

Berlin. (Bayern und das Reich.) Der revolutionäre bayrische Ministerpräsident Kurt

Eisner hat mit seiner phantastischen Politik doch nicht vermocht, den Erbfeind der Reichsanstalten im bayrischen Volk ernsthaft zu gefährden. Der bayrische A- und S. Rat hat sich in besonderer Tagung, an der auch die bayrischen Minister teilnahmen, sehr energisch für das Verbleiben Bayerns beim Reich und für baldige Einberufung einer bayrischen Nationalversammlung ausgesprochen. Sie soll, wenn irgend möglich, schon am Montag, den 9. Dezember zusammentreten und wird der Diktatur Eisners wohl schnell das verdiente Ende bereiten. Da inzwischen auch die Eisnerschen Anberufungsversuche an die Entente von deren Organen als großwahrscheinlich energisch zurückgewiesen sind, wird der jetzige Ministerpräsident kaum noch viel Anheil für das Reich anstellen können.

(Unberechtigter Eingriff in das Ernährungs-wesen.) Amlich gibt der Volksgesundheitsrat des A- und S.-Rates Groß-Berlin bekannt: An alle Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches! Das Reichsernährungsamt beklagt sich darüber, daß die Fälle sich mehren, in welchen die Arbeiter- u. Soldatenräte Eingriffe in die Saatkartoffelbestände vornehmen. An alle Arbeiter und Soldatenräte, allen Anordnungen der Reichs- bzw. Provinzialkartoffelstelle, sowie der Saatstellen unbedingt Folge zu leisten und unberechtigten Eingriffen in das gesamte Ernährungs-wesen mit allen Mitteln vorzubeugen.

(Eine Auslieferung Liebknechts?) Aus Stockholm wird berichtet: Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Leube, der sich gegenwärtig in Stockholm befindet, läßt dem Mitarbeiter der „K. N.“ folgende Meldung zugehen: „Erfahre soeben, daß unsere Feinde die Überlieferung der fünf deutschen Bolschewisten Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ledebour, Kautsky und Eisner verlangen wollen. Wenn der Reichstag geschwindig als aufgelöst erklärt werden sollte, haben wir mit Sicherheit den feindlichen Einmarsch zu erwarten.“

(Zur Aufteilung des Großgrundbesitzes.) In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt Oberpräsident von Batocki über Aufteilung des Großgrundbesitzes und sagt: Die schärfsten Eingriffe der öffentlichen Gewalt müssen, wenn es im Interesse des Volkes liegt, vorgenommen und ertragen werden. Wenn man es für nötig und mit dem Interesse der Volksernährung für vereinbar hält, die Großbetriebe zu beseitigen, so muß man ohne Rücksicht auf das einzelne Gut, Staatsdomäne, Fideikommiß oder freies Privatgut ist, diejenigen Güter zuerst herannehmen, welche sich zur Bildung lebensfähiger Bauernstellen nach Lage, Boden, Wasserreichtum und so weiter am besten eignen.

(Das Urteil für Wilhelm II.) Aus dem Haag wird berichtet: Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ schreibt: Der Kriegsminister kam zu folgenden Schlüssen: 1. Es liegt in der Macht der alliierten Regierungen, die Auslieferung des Kaisers zu verlangen. 2. Die britische Regierung wird alle nötigen Schritte tun, die Auslieferung des Kaisers durchzusetzen. 3. Wenn die Auslieferung gesichert ist, muß der Kaiser zum Tode verurteilt werden.

(Papst und Weltfriede.) Der Papst hat durch Kardinal Gasparri der Fuldaer Bischof-Konferenz zu Händen des Erzbischofs von Köln v. Hartmann auf ihre Bitte um päpstliche Verwendung zum Schutze Deutschlands geantwortet, der Heilige Vater habe sich bei den gegenwärtigen, sich überstürzenden Ereignissen wiederholt an den Leiter eines großen kriegführenden Staates gewandt u. ihn beim kostbaren Blute des Welterslösers beschworen, er möge an das Waffenstillstandsangebot und die Friedensverhand-

#### Sei wie eine Blume.

Roman von Erich Ebenstein.

18.

Nachdruck verboten.

„Sie hätten mir nichts ersparen können.“ murmelte sie traurig. „Es muß wohl ein dunkles Geheimnis sein, daß zwischen Menschen verschiedener Art Liebe und Neugierde nicht ohne Ende. So es doch so gar nicht nötig wäre, wenn jeder den anderen mit in Frieden seinen Weg gehen lassen würde.“

„Es ist doch etwas anderes zwischen Menschen, nicht als Liebe, Sagen Sie mir, was Sie nicht wissen?“

„Sie antworten nicht. Aber in der Vertraulichkeit, die nur eine alte dunkle Winternacht auf ihr lag, quoll fast ein warmer Lächeln auf. „es ist ihr so wohl, daß es manchmal einen Menschen gibt, der nicht zu ihr paßt.“

Er zog ihren Arm in den seinen, während seine nervöse Hand die ihre warm und fest umschloß.

„Eugenie - wollen Sie mir das Recht geben, auch jetzt noch für Sie einzutreten?“

„Ich verstehe Sie nicht.“ murmelte Eugenie bang.

„Sollen Sie meine geliebte Frau sein? Ich will dann nicht ruhen, bis ich alle diejenigen zu Ihren Füßen niedergeworfen, die Sie heute beleidigt haben.“ Sie sah ihn mit einem von Wut und Leidenschaft angefüllten Blick an. „Vollt Sie das nicht?“

„Nein. Ich bin weder eitel noch ehrsüchtig.“ antwortete sie ohne Worte, „am wenigsten, aber tadeln Sie mich nicht. Sonst allein ich dürfte, das ist Frieden und Harmonie.“

„Sie sollen beides finden in meiner Liebe! O Eugenie.“ stammelte er, seiner Leidenschaft nicht mehr Herr, sie an sich reichend. „Sage ja! Sag es aus Mitleid wenigstens, denn ich liebe dich wie ein Kind.“

Da schaute sie den schönen Kopf wieder an seine Brust und murmelte: „Ja, hilf mir, daß ich bleibe, was ich bin - ein Kind, das unbezweifelbar seinen Weg geht.“

Es war keine Liebeserklärung. Es klang eher wie der Hilferuf einer bedrängten unsicher gewordenen Seele.

Aber er achtete darauf nicht. Er hatte nur das „Ja“ gehört und fühlte wie ein Trunkener schritt er neben ihr einher, unmaßstäblich von seiner Liebe sprechend.

Sie hatten die Klippe wieder erreicht, die nun still und verlassen dalag, von dem milden Glanz der bleichen Sommernacht umgeben.

Arm in Arm traten sie den Heimweg an. Sie stumm, er voll verliebter Begeisterung.

Die Tochter war inzwischen in argentinischer Anlehnung beimgelacht und machte ihrem Munde unerschütterlich Vorwürfe. Er war sicher, daß alles so gekommen! Warum verstand er nicht, seiner Richte Richte zu verhalten? Wo er doch mit allen Honorationen stand? Warum hatte er nicht längst vorausgesehen, wie es enden würde und daß dieser Weltland ein Waldschlappen war? Woher taugte denn sein Männerverstand, wenn er nichts wahrnahm? Und warum hatte er Eugenie nicht besser im Auge behalten? Was weiß, wo sie jetzt herumirrt und ob sie sich nicht gar ein Leid antut?

Der Tochter selbst ganz demüthet von Angst, schickte vor, zur Polizei zu gehen und Eugenie suchen zu lassen.

Aber darüber geriet Frau Alma gänzlich aus dem Häuschen.

Das schickte noch! Die Polizei! Dieses Auffehen! Aber so unmögliche Ideen fieber dir nur ähnlich.

Endlich gegen 10 Uhr läutete es draußen. Tante Alma fürzte selbst hinaus, um zu öffnen, innerlich höchst überlegend, ob sie die Drinkende mit Wasser oder mit einem Freudenstreich begrüßen sollte.

Und dann standen plötzlich - zwei draußen statt einer! Und der „Waldschlappen“, sagte mit einem



Wänderung hätten sie die Häuser an den Gerüstern in Brand und jagten durch Schüsse die noch dem Tode durch Ermordung entgangenen Bewohner in die Häuser zurück, wo sie lebendig verbrannten. Leute, die flüchten aus den brennenden Häusern retten wollten, wurden durch Schüsse am Rettungswert verhindert. In kurzer Zeit brannte fast das ganze Judenviertel nieder. Drei Frauen wurden zunächst beraubt und dann in Brand gesetzt. Weiber und Kinder wurden hingerichtet und lagen auf der Straße. Die in den Wohnungen angegebene Zahl von 2000 Opfern dürfte noch geringe Bedeutung sein, weil die Judenstadt enger bebaut ist und bis zum Tode meiner Abreise am 27. November noch viele Häuser brannten oder rauchten und die Leichen ungehörig in den Straßen lagen. Die Polen schrieben die Katastrophe auf die von den Ukrainern freigelassenen Sträflinge, die sich polnische Uniform angeleht hätten.

### Ein verräterischer Bürgermeister.

Der Bürgermeister von Reh, Brevet, hat eine Proklamation erlassen, in der er sich und die Bewohner der Stadt für Franzosen erklärte. Bemerkenswert sind einige an die zurückgelassenen Deutschen gerichtete Bemerkungen, in denen er ihnen unter verlebenden Worten bis zum Friedensschluss eine lokale Behandlung verspricht. In einer weiteren Kundmachung spricht er sich über das Schicksal der Industrie aus, die nicht weiter in den Händen feindlicher Abkömmlinge bleiben dürfe. Die Aktien der großen deutschen Gesellschaften sollen von der französischen Regierung auf Rechnung der Kriegsschädigung anfallen und den französischen Kapitalisten weitergegeben werden. Die deutschen Arbeiter müssen bei dem Mangel an Arbeitskräften im Lande behalten werden, aber es werde notwendig sein, sie unter Vormundschaft zu stellen, damit sie nicht ein gefährliches Agitationselement werden können.

Hollands „Nieuws Bureau“ meldet aus Paris: Bonaparte wird, von Clemenceau und anderen Ministern begleitet, am 7. Dezember nach Lothringen besetzen. Am nächsten Sonntag werden in Metz große Feiern abgehalten. Am Montag besucht der Präsident Straßburg. Marshall Foch befehligt zu gleicher Zeit große Truppenverbände, woran 100 Abgeordnete und Senatoren teilnehmen werden.

### Leiden eines Fabrikbetriebes

Die Kommanditgesellschaft F. Biedel, Fabrik- und Maschinenfabrik, Berlin N. O., Zeilstraße 5-53, wurde in den Revolutionstagen schwer beunruhigt. Die Firma wurde von einem Anarchisten, dem Techniker Fischer, 21 Jahre alt, der als Arbeiterrat gewählt wurde,

wider den Willen der Inhaber auf Grund einer Vollmacht des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates am 26. November übernommen. Die Inhaber wurden aus dem Betriebe gewiesen. Die Vollmacht ist am 28. November zurückgenommen worden. Trotzdem ist die Fabrik im Betriebe noch nicht eingeleitet. Seitens der Firmeninhaber wird folgendes mitgeteilt:

Die Firma beschäftigt 700 Arbeiter und Angestellte. Da neuerdings außerordentlich hohe Lohnforderungen gestellt wurden, bis 50 Prozent des bisherigen Lohnes, so verzögerten sich die Verhandlungen hierüber. Fischer erklärte, daß er sofort den Betrieb unter die Leitung des Arbeiter- und Soldatenrates stellen werde. Die Räume zu dem Privatbureau und die Abteilung des Prokuristen wurden durch Vertrauensleute besetzt. Der Prokurist wurde vergeblich unter Drohung zur Deckung des Geldschulden aufgefordert. Den Inhabern wurde mitgeteilt, daß sie weder geschäftliche noch private Geschäfte telefonisch zu führen hätten, daß ihre Bankkonten gesperrt seien und nur nach Weisung des Anarchisten ausgeführt würden. Die Inhaber besaßen sich zu dem Vollzugsrat und wurden von Herrn Biedel, dem Vertreter des ersten Vorsitzenden Herrn Richard Müller, empfangen. Herr Biedel erklärte sofort das Verfahren als „Anarchie“, alle Anordnungen seien ungültig, unmaß und sie sämtlich gegen die am 27. November veröffentlichten Richtlinien der Betriebsräte verstießen. Weiterhin verwies er darauf, daß nämlich die freien Gewerkschaften bei Streitigkeiten unzulässig seien. Fischer drang trotzdem in Begleitung eines bewaffneten Patrouillenereutes in das Privatbureau ein. Die Geschäftsführer wurden aus den Räumen entfernt und über den Hof nach dem Ausgang geleitet. Auf nachträgliche Vorstellungen erklärte Herr Biedel, die Vollmachten widerhöre als unzulässig, und Herr Richard Müller bestätigte diese Ungültigkeit. Es ging aus den Unterredungen hervor, daß Herr Müller über die Angelegenheit nicht richtig unterrichtet worden war. Es kam nun ein vorläufiges Lohnabkommen zustande. Trotzdem wurden am 27. November die Betriebe stillgelegt. Fischer forderte Annullationen der das von der Firma gefertigte Betriebsgerät ein. Die wurden verweigert. Er rief hierauf beim Polizeipräsidium an und erließ mit zwei bewaffneten Sicherheitswachen. Mit diesen drang er in die Büroräume ein, ließ sich die betreffende Abteilung öffnen und beschlagnahmte das Rechnungsmaterial. Hiernach verhandelten am 28. ds. Mts. die Delegierten des Vollzugsrates Biedel und Reinhold mit den Arbeitern und Angestellten der Firma. Nachmals wurden sämtliche Anordnungen des Arbeiterrates Fischer als unzulässig erklärt, auch wurden die Fabrike ferngehalten. Augenblicklich wird nun gearbeitet. Aber man weiß nicht, was demnächst weiter geschehen wird.

### Bermischtes.

† 15 Anzüge und 15 Paar Schuhe. Die ungarische Regierung hat Sienr Blättern zufolge eine sehr proteste Verfügung erlassen. In Ungarn war vor kurzem angeordnet worden, daß jeder, der vier Anzüge besaß, verpflichtet sei, einen Anzug für heimkehrende unbemittelte Krieger abzugeben. Die republikanische Regierung hat nun diesen Erlass abgeändert und bestimmt, daß niemand mehr als 15 Anzüge, 15 Paar Schuhe, 30 Hemden und 28 - - - ausgerechnet 38 - - - Unterhosen besitzen darf. Alles was darüber ist, ist für die Soldaten abzuliefern.

† Ein Millionenbeschaubant. Der in Königsberg wegen Mophiumschmwindelen im Gefängnis sitzende Bischofswedel K. K. wurde in der Revolutionenmacht verhaftet. Er bemühte sich hierauf unter dem Vorgeben, er sei Mitglied des Goldapier S. Rates, eines Transportes von 5 1/2 Mill. Mark, der von Grobno über Goldap nach Augustowo geleitet werden sollte. Es gelang jetzt, den Millionenbänk zu fassen.

### Rechtzeitig fertig stellen

können wir unsere Zeitungen nur, wenn auch die verehel. Inferenten den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen und ihre Anzeigen spätestens in den ersten Vormittagsstunden aufgeben. Nur in Ausnahmefällen (Todesanzeigen) können Inferate nach 10 Uhr vormittags noch angenommen und an diesem Tage veröffentlicht werden.

### Stadtparkasse Callberg.

Geschäftsbericht auf den Monat November 1918:  
Spareinlagen: 116 460 Mk 67 Pf. in 529 B. fien.  
Einlagerückzahlungen: 181 807 Mk 76 Pf. in 275 Posten  
Neueröffnete Konten: 50. Erfolgreiche Konten: 34.  
Monatsgesamter Umsatz: 73 2926 Mk. 50 Pf.  
Einlagezinsfuß: 3 1/2 %  
Tägliche Verzinsung. Sperrung gegen Kontrollmarken.  
Geschäftszeit:  
Täglich vorm. von 8-12, nachm. von 2-5 Uhr.  
Sonntags ununterbrochen von 8-2 Uhr.

### Kirchennachrichten.

Lichtenstein.  
Kinder Gottesdienst helfenden versammeln sich heute Donnerstag erst 9 Uhr (Konfirmandenfest).  
Weihnachtsgesungstunde des Jungfrauenvereins erst Freitag 9 Uhr im Lucienstift

**„Parfischlöbchen“**  
Freitag, den 6. November von abend 7 Uhr ab  
**Lanz-Kränzchen.**  
Hierzu ladet höflich ein **Oskar Schwarz**  
Stelle wieder einen großen frischen Transport  
**prima junger, schwerer oldenburger**  
**Kühe**  
hochtragend und neuwelfend mit höchster Milchleistung, in Konkurrenz billigen Preisen zum Verkauf. Vorderrufe erhalten 20%.  
**Robert Heide, Wüstenbrand.**  
Tel. 197, Höhenstein

**K.L.**  
Sonnabend und Sonntag,  
den 7. u. 8. Dezbr.  
**Henny Porten**  
in dem großartigen  
Lustspiel in 4 Akten  
**Agnes Arnau**  
und ihre 3 Freier

Beim Heimgange unseres lieben, unvergesslichen Bruders  
**Paul Otto Schmidt**  
sagen wir hierdurch allen lieben Bekannten für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme unseren  
**herzlichsten Dank.**  
Besonders danken wir Herrn Oberpfarrer Ende für die trostreichen Worte am Grabe.  
Lichtenstein, den 5. Dezember 1918.  
**Die trauernden Geschwister.**

Suche ein ordentliches älteres  
**Mädchen,**  
das mich in allen häuslichen Arbeiten unterstützt.  
**Frau Bürgern. Aktien, Leipzig.**  
Vorstellen bei  
**Frau Paul Zierold,**  
Callberg, Damm Zierold-Str.

**Einlegesohlen**  
empfiehlt  
**Karl Goldig, Bildhauer.**  
**Ein runder Tisch**  
in bester Ausführung  
**Wiesenstraße 5**  
**Kleine Anzeigen**  
sind bei Aufgabe der Einfachheit halber sofort zu bezahlen.  
Die Geschäftsstelle des „Lichtenstein-Callberger Tageblatt“.

**Dank.**  
Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, sowie für den überaus reichen Blumenschmuck beim Heimgange unserer lieben, unvergesslichen, guten Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Frau v. Emille Agnes Gersdorf**  
geb. Friedel  
sprechen wir hierdurch allen lieben Freunden, Nachbarn und Bekannten unsern **innigsten Dank** aus. Ganz besonders danken wir der wohl. Schützengesellschaft zu Lichtenstein, sowie den geehrten Kränzchen-Frauen unserer lieben Heimgegangenen für die ehrenden Blumenspenden sowie Herrn Pastor Roch für die trostreichen Worte am Grabe.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Lichtenstein-Callberg, den 5. Dezember 1918.

**Auszüge aus den Bestimmungen der Gewerbeordnung, sowie Verzeichnisse**  
über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern hält vorrätig das  
**„Lichtenstein-Callberger Tageblatt.“**

Hand mit Recht von ihm hat ein... (Small text at the bottom of the page)